

9.8.2016

Medienmitteilung

## **Menschen mit Behinderung demonstrieren gegen massiven Leistungsabbau bei ProMobil**

**Heute protestierten rund 250 Personen auf dem Zürcher Rathausplatz gegen den Leistungsabbau bei ProMobil. Sie fordern den Kantons- und Regierungsrat auf, die massiven Kürzungen des Regierungsrates an die Stiftung ProMobil zu korrigieren. Die aktuellen Kürzungen bedeuten für Menschen mit Mobilitätsbehinderung und wenig Geld einen unhaltbaren Eingriff in ihre sowieso schon sehr eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Diese Entwicklung steht der Umsetzung der 2014 von der Schweiz ratifizierten UNO-Behindertenrechtskonvention diametral entgegen.**

Die Stiftung ProMobil wurde vom Kanton Zürich gegründet. Sie subventioniert im Kanton Zürich individuelle Transportmöglichkeiten für Menschen mit Mobilitätsbehinderung, meist Seh- oder Gehbehinderung. Dies ist nötig, weil nicht alle Menschen Zugang zum öffentlichen Verkehr haben. Peter Vollenweider, Präsident der Stiftung ProMobil und FDP Kantonsrat erklärt, mit den geplanten Kürzungen von insgesamt 8.1 Mio. Franken während den nächsten drei Jahren werde das Budget von ProMobil langfristig praktisch halbiert. So kann die Stiftung ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. „Dies ist eine inakzeptable Situation für alle, die aufgrund ihres Alters oder ihrer Behinderung weder das eigene Auto, noch den öV nutzen können“, so Vollenweider.

Matyas Sagi-Kiss, ProMobil-Kunde und Mitglied der Behindertenkonferenz BKZ, fragt sich, wie der Regierungsrat sich gesellschaftliche Partizipation vorstellt – etwa Freunde zu besuchen, einzukaufen oder ins Kino zu gehen – wenn die Mobilität derart eingeschränkt wird: „Schon heute kann eine betroffene Person pro Woche maximal von 1-2 durch ProMobil vergünstigte Retourfahrten profitieren. Eine weitere Reduktion führt faktisch zu Hausarrest. Wir fordern den Kantons- und Regierungsrat dazu auf, diese Kürzungen rückgängig zu machen!“

Christian P. Casparis, Präsident des Seniorenrats Zürich, betont die Wichtigkeit von ProMobil für Seniorinnen und Senioren. Mobilität ermöglicht ihnen, länger im eigenen Zuhause zu leben und Einkäufe, Arztbesuche etc. wie gewohnt selbständig zu organisieren. Und auch für Dr. Hans Rudolf Schuppisser, Vizepräsident des Zürcher Rentnerverbands ZRV ist klar: „Der Sparbeschluss widerspricht nicht nur der Strategie «ambulant statt stationär», sondern auch den politisch so oft zitierten Grundsätzen vom Gemeinwohl“.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Joe Manser, Vorstand BKZ, Ressort Bau und Mobilität, 079 288 86 66

Marianne Rybi-Berweger, Geschäftsleiterin BKZ, 043 243 40 02

Das Foto in der Beilage darf mit Referenz abgebildet werden: Marion Nitsch / BKZ

Die Behindertenkonferenz des Kantons Zürich (BKZ) setzt sich als Zusammenschluss von rund 80 Behindertenorganisationen und -institutionen für die Interessen und die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung ein.

